

■ Das Zentrum für Südosteuropastudien in Graz – neue Zweigstelle der Südosteuropa-Gesellschaft

### **Café Europa: Europas Krise und der Balkan – eine Bestandsaufnahme**

Veranstalter: Zentrum für Südosteuropastudien der Karl-Franzens-Universität Graz (CSEES) / Südosteuropa-Gesellschaft (SOG) / in Zusammenarbeit mit Europe Direct Steiermark  
Graz, 26. Januar 2017

*Bericht von Güler Alkan, Graz*

□ Das Zentrum für Südosteuropastudien Graz und die Südosteuropa-Gesellschaft luden am 26. Januar 2017 zur Podiumsdiskussion „Europas Krise und der Balkan“ im Medienzentrum Steiermark in Graz ein. Die Diskussionsveranstaltung diente als Auftakt zur jährlichen Konferenz des Zentrums für Südosteuropastudien, welche in Kooperation mit der Südosteuropa-Gesellschaft vom 27.-29. Januar 2017 ebenfalls in Graz stattfand und dieses Jahr die Flüchtlingspolitik in Südosteuropa beleuchtete. Zugleich wurde mit der Veranstaltung die Zweigstelle der Südosteuropa-Gesellschaft in Graz offiziell eröffnet.

Unter der Moderation von *Florian Bieber*, Präsidiumsmitglied der Südosteuropa-Gesellschaft und Professor für Südosteuropäische Geschichte und Politik an der Universität Graz, analysierten namhafte Journalisten die Auswirkungen der Krisen Europas auf den Balkan – von der Flüchtlingskrise und dem Erstarken des Populismus bis zur Brexit-Krise. Am Podium diskutierten *Adelheid Wöfl*, Südosteuropa-Korrespondentin der österreichischen Tageszeitung „Der Standard“ in Sarajevo, *Tanja Malle*, Redakteurin Radio Ö1, *Andreas Ernst*, NZZ-Korrespondent in Belgrad, sowie *Norbert Mappes-Niediek*, der als unabhängiger Journalist und Fachbuchautor zu Südosteuropa arbeitet.

Die Frage nach dem Bruch des amerikanischen Politikverständnisses in Bezug auf den Balkan nach der Wahl Trumps zum Präsidenten leitete die Diskussionsrunde ein. Für Mappes-Niediek stellten die USA immer den „Vater“ für die jungen Nationen Südosteuropas dar, der mit dem Zeigefinger drohte, sobald es ernst wurde, während die EU als große „Mutter“ fungierte. Als Beispiel nannte er die Rolle der US-Botschaft in der mazedonischen Krise. Diese Art der Sicherheitsgarantie würde jedoch wegfallen, sollten die USA unter Trump ihre außenpolitische

Strategie am Balkan überdenken und somit zu Vertrauensverlust und Unsicherheit führen, insbesondere im Kosovo, wo die NATO eine wichtige Rolle spiele. Wölfl warnte ebenfalls vor dem Machtvakuum, das in Südosteuropa ohne Einfluss der USA entstehen könne. Ihrer Einschätzung nach nutzen nationalistische Akteure die Situation aus, um die gesamte post-jugoslawische Sicherheitsarchitektur zu schwächen. Hierbei gebe es durchaus Ähnlichkeiten zu Trump, auf den sich laut Wölfl sämtliche nationalistischen Kräfte am Balkan berufen, welche auch dessen Amtsantritt für einen Politikwechsel zugunsten einer stärkeren Rolle Russlands in der Region instrumentalisierten.

Ernst wiederum konstatierte, dass der Balkan im Vergleich zu Europa und der Welt stabiler und berechenbarer geworden sei, was politische Entwicklungen und Wahlen anbelange. Bieber wendete ein, dass es bei Wahlen in Südosteuropa oft zu keinem Überraschungseffekt komme, da die Wahlergebnisse meist schon im Voraus bekannt seien. Für Ernst widersprach dies nicht der Stabilität der politischen Systeme am Balkan, da dies nicht mit Demokratie oder Rechtsstaatlichkeit zu tun habe, sondern mit von politischen Eliten kontrollierter Stabilität. So habe sich in den letzten Jahren ein eigener Typus von Herrschaft etabliert, der mit Brüssel und wichtigen Hauptstädten gut auskomme, jedoch innenpolitisch unberechenbar wirken könne, ohne dass dies zu außen- oder regionalpolitischen Verwerfungen führe. Mappes-Niediek entgegnete, dass dieser Herrschaftstyp zwar von Instabilität lebe, aber nicht alles kontrollieren könne. Die autoritären Eliten am Balkan würden sich als Beschützer ihrer jeweiligen Völker präsentieren, als starker Mann. Dies funktioniere aber nur, wenn man immer wieder Bedrohungsszenarien aufbaue, so wie im Fall Kosovo und Serbien, bei dem sich die Kontrahenten mit gegenseitigem Nationalismus wunderbar in die Hände spielten. Das Grundsetting sei daher äußerst labil – mit hohem Angst- und Bedrohungspotenzial, welches Politiker wie Thaçi auf Dauer nicht kontrollieren könnten.

Bieber warf in diesem Zusammenhang die Frage ein, ob nicht die globale Lage als Auslöser für die Verstärkung der Krisenhaftigkeit am Balkan gesehen werden könne. Der Südosteuropa-Experte betonte, dass die Zwischenfälle der letzten Monate – angefangen von dem zu Jahresbeginn zwischen Serbien und Kosovo bis hin zum kleinen Konflikt in Kumanovo, Mazedonien, oder dem vermeintlichen Staatstreich in Montenegro – von politischen Eliten bewusst inszeniert würden, um zu sehen, wie weit diese gehen können, bis internationale Akteure eingreifen würden. Wölfl plädierte dafür, die verschärften Krisen in Mazedonien, Kosovo und Bosnien in einen geopolitischen Kontext einzuordnen. Russland stelle sich beispielsweise gegen einen möglichen NATO-Beitritt Montenegros. Die EU hingegen nehme immer mehr eine passivere Rolle am Balkan ein, so Wölfl, die das fehlende Reagieren und die mangelnde Verantwortung der EU bemängelte. Mappes-Niediek verwies auf die Erweiterungspolitik der Briten, welche die EU-Erweiterung unterstützten und nutzten, um von der Vertiefungsfrage der Europäischen Union abzulenken. Mit dem Austritt Großbritanniens aus der EU würde dieser starke Motor der Erweiterung verlorengehen.

Die Diskussion widmete sich dann der Rolle der EU als Akteur und der politischen Sogkraft der EU-Erweiterung in der Region. Bieber stellte in Frage, ob es die EU als Akteur am Balkan überhaupt gebe. Ernst verwies darauf, dass es immer schon EU-Mitgliedstaaten gab, die größeres Interesse an den Entwicklungen in den Balkanstaaten zeigten als andere – so wie Österreich oder Deutschland und die Anrainerstaaten Italien oder Ungarn. Seiner Meinung nach sollte die EU als Idee trotz ihrer Krise nicht unterschätzt werden. Mappes-Niediek argumentierte in eine ähnliche Richtung. Die EU besitze noch eine gewisse Autorität am Balkan, sonst hätte sich Mazedoniens Gruevski während der politischen Krise 2015 nicht den Forderungen des EU-Erweiterungskommissars gebeugt. Allerdings nehme der Glaube an einen EU-Beitritt und die

EU ab. Ernst widersprach, die „Balkanfürsten“ bräuchten immer noch das abgeleitete Prestige der EU – Auftritte mit Angela Merkel beispielsweise –, um innenpolitisch reüssieren zu können. Wölfl wies darauf hin, dass ein Großteil der Bevölkerung in den Balkanstaaten immer noch einen EU-Beitritt befürworte. Jedoch sei in den letzten Jahren nicht die EU der Reformmotor in der Region gewesen, sondern der Druck der USA und der NATO, fügte Wölfl hinzu. Als Beispiel nannte sie die US-Botschafterin in Bosnien, welche zur *persona non grata* in der Republika Srpska ernannt wurde.

Podiumsleiter Bieber stellte gegen Ende der Diskussionsrunde fest, dass seit 2015 eine interessante Entwicklung stattfindet – weg von Diskursen über strukturelle Prozesse hin zu nationalen Interessen, populistisch-autoritären Herrschern sowie der Rolle von Geopolitik und einzelnen Machthabern oder Diplomaten. Eine Bestandsaufnahme der Region vor drei Jahren hätte ganz anders ausgesehen, so seine Analyse. Dabei betrachtete er auch die Rolle von Journalisten und Wissenschaftlern kritisch: Werden Krisen und geopolitische Erwägungen von externen Beobachtern herbeigeredet? Befinden wir uns wirklich in einer geopolitischen Umbruchzeit sowohl in Europa als auch global? Und wie können Medienverantwortliche und Forscher diesem Trend entgegenwirken und über Krisen berichten, ohne diese herbeizurufen? Ernst wagte als erster Podiumsteilnehmer, auf diese Fragen einzugehen. Er appellierte daran, essenzialistische Denkmuster wie dem vom Balkan als explodierendem Pulverfass kritisch zu hinterfragen. Nicht Südosteuropa sei das Problem, sondern das erste Opfer dieser geopolitischen Konstellation.

Die Personalisierung in der Politik, inklusive autoritärem Führerkult, habe es im Laufe der Weltgeschichte immer wieder gegeben, so Ernst. Stabile Phasen, in denen Strukturen die zentrale Rolle spielten und einzelne Persönlichkeiten weniger, hätten sich mit kritischen Umbruchphasen, wo die Frage nach der Person an der Spitze äußerst bedeutend war, abgewechselt. Populisten wie Trump würden diese Krise verschärfen. Mappes-Niediek ging noch einmal genauer auf den Bedeutungsverlust der Institutionen ein, diesen gebe es seit der Euro-Krise 2008 auch im EU-Raum. Wurde 2008 noch die Über-Institutionalisierung und Bürokratisierung der EU angeprangert, so würden institutionelle Dimensionen heute keine Rolle mehr spielen. Wölfl ergänzte die Analyse um eine Kritik an westlichen Beobachtern, vor allem im anglo-amerikanischen Raum, wo in letzter Zeit in Medienanalysen wieder von Spaltung die Rede sei. Nach all der Kriegshistorie am Balkan solch destabilisierende Analysen abzugeben, ohne Kenntnisse vom Land zu haben, sei verantwortungslos, gab Wölfl zu Bedenken. Vor allem würden externe Aufrufe zur Auflösung Bosniens oder neuer Grenzsetzungen in der Region nur die nationalistischen Kräfte unterstützen.

Im letzten Teil der Diskussionsrunde thematisierten die Podiumsteilnehmer geopolitische Entwicklungen sowie die Rolle der Balkanländer in der Flüchtlingskrise. Dabei wurden überraschende Parallelen in der Geschichte Ex-Jugoslawiens gezogen. Zunächst ging Bieber noch einmal auf die „Rückkehr der Geopolitik“ und der Idee von homogenen Nationalstaaten als ideale Lösung für den Balkan ein. Er merkte an, dass die Idee von Normen und Werten, welche die Politik strukturieren, anscheinend in Vergessenheit geraten sei. Wölfl fügte an, dass eben der Ansatz der Trennung und Einteilung nach ethnischer Zugehörigkeit von vielen EU-Politikern immer noch betrieben werde, damit jedoch die Ethnisierung der Politik verstärke. Ernst verwies auf die externe Einflussnahme am Balkan seit Jahrhunderten. Auch die heutige Struktur in der Region sei von außen geordnet und mit Ausnahme von Titos Jugoslawien sei der Balkan nicht Subjekt, sondern immer Objekt der Geschichte gewesen.

Bieber führte ins Umbruchjahr 1989/90 zurück. Damals sei vieles möglich gewesen, im Guten und im Schlechten. Er führte den Gedanken mit der Frage weiter, ob man heute auch von solch

einer Neuordnung des Status quo sprechen könne. Mappes-Niediek war hier nicht einer Meinung mit dem Moderator. Die heutige Situation sei mit 1990 nicht vergleichbar, denn dies sei das „goldene Zeitalter des Multilateralismus“ gewesen, wiewohl der Krieg in Jugoslawien die andere Seite der Medaille darstelle. Hierauf erwähnte Bieber, dass heute die Ära des Multilateralismus massiv in Frage gestellt werde, auch was die transatlantischen Beziehungen anbelangt. Ernst stimmte mit Bieber überein, dass wir uns in einem Moment des Umbruchs befinden, in dem Geschichte neu geformt wird. Allerdings gebe es momentan wenig positive Ideen für eine Neugestaltung Europas oder auf dem Balkan. Mappes-Niediek verglich in der weiteren Debatte die Krise in der EU mit dem Zerfall Jugoslawiens. Das Grundgefühl des Misstrauens und ungleicher Behandlung zwischen den Nationen Jugoslawiens herrsche heute auch zwischen den EU-Mitgliedstaaten. Für Mappes-Niediek verfällt die EU insofern nach dem Muster Jugoslawiens – der Zerfall der EU, wenn auch nicht krieglerisch, stehe auf der Tagesordnung.

Zu guter Letzt gingen die Diskussionsteilnehmer auf die Frage der Flüchtlingskrise und der Reaktion der Balkanstaaten ein. Bieber bemerkte, dass diese Thematik in den letzten Monaten völlig aus den Schlagzeilen verschwunden sei. Während im Vorjahr der Balkan damit Aufmerksamkeit in den westlichen Medien bekommen hätte, könne man 2017 fast glauben, es gebe keine Flüchtlinge mehr in der Region. Die Schließung der so genannten Balkanroute könne auch als Erfolgsgeschichte sowohl der Kooperation zwischen den Westbalkan-Staaten als auch mit verbündeten EU-Staaten wie Österreich und Deutschland gesehen werden. Für Malle zeigte die erfolgreiche Koordinierung der Schließung der Balkanroute sehr wohl, dass die Balkanländer etwas umsetzen können, wenn der politische Wille da ist. Allerdings sei diese Flüchtlingspolitik keine Auszeichnung für die EU und alle europäischen Staaten, denen es nichts ausmache, Tausende Flüchtlinge in Serbien erfrieren zu lassen, fügte Malle hinzu. Sie erläuterte weiter, dass genau diese Bilder auch dem Interesse der EU entsprochen hätten – im Sinne einer symbolischen Abschreckungspolitik für Flüchtende. Ernst ergänzte, dass es den Flüchtlingen in Serbien und Kroatien oft besser ergangen sei als in einigen EU-Ländern wie Bulgarien oder Ungarn. Wölfl verwies auf die Verlagerung der Flüchtlingsfrage von Mazedonien zu Griechenland. Jetzt werde Griechenland abgesperrt und als Asylland, in dem alle Anträge gestellt werden müssen, innerhalb der EU etabliert. Laut Mappes-Niediek zeichnet sich auch in dieser Thematik eine historische Analogie zum Zerfallsprozess Jugoslawiens ab. Die Flüchtlingskrise zeige wieder, dass der Balkan die Lunte sei und nicht das Pulverfass, denn das Problem sei Europa.

Mit dieser historischen Anspielung wurde die Podiumsdiskussion erfolgreich beendet. Bieber betonte in seinem Schlusswort noch einmal, dass das Zentrum für Südosteuropastudien an der Universität Graz, insbesondere auch in seiner neuen Kapazität als Zweigstelle der Südosteuropagesellschaft, die öffentliche Debatte über politische, rechtliche, wirtschaftliche, und kulturelle Entwicklungen im Raum Südosteuropa weiter anregen wird. Neben der Informations- und Öffentlichkeitsarbeit steht das überfakultäre Zentrum weiterhin im Dienst der interdisziplinären Forschungs- und Weiterbildungstätigkeit. – Südosteuropa ist an der Universität Graz seit Jahrzehnten ein Schwerpunkt. Mit der Slawistik (mit Slowenisch und Serbisch/Kroatisch/Bosnisch) und der südosteuropäischen Geschichte beschäftigen sich zahlreiche WissenschaftlerInnen an der Universität, die außerdem Tausende StudentInnen aus dem südosteuropäischen Raum ausbildet.

Das **Zentrum für Südosteuropastudien**, das 2008 gegründet wurde und dessen Leitung Florian Bieber 2011 übernahm, verfügt über langjährige Südosteuropa-Kompetenz. Das Zentrum publiziert u.a. die Buchreihe „Southeast European Studies“, die Monographien und Sammelbände im Routledge Verlag veröffentlicht. „*Southeast European Studies*“ versteht sich als Plattform zur Förderung innovativer, empirischer Forschung abseits der Fokussierung auf Krieg und Gewalt, um ein tieferes Verständnis für Südosteuropa, insbesondere in Bezug auf komplexe

Demokratisierungsprozesse zu erreichen. Ein weiteres Flaggschiff ist die wissenschaftliche Fachzeitschrift „Contemporary Southeastern Europe“, welche seit 2013 vom Zentrum herausgegeben wird. „*Contemporary Southeastern Europe*“ ist eine elektronische Open-Access-Zeitschrift mit Peer-Review-Verfahren und umfasst Aufsätze, Essays, Rezensionen und Wahlanalysen zu politischen, rechtlichen und sozialen Entwicklungen in der Region. Dabei werden im Sinne eines weiten Südosteuropa-Begriffs auch Analysen zu Ländern wie Bulgarien, Rumänien, Griechenland und der Türkei publiziert. Mit der „*Balkans in Europe Policy Advisory Group* (BiEPAG)“, einem Kooperationsprojekt mit dem European Fund for the Balkans (EFB), verfügt das Zentrum auch über weitreichende Expertise im Bereich Policy-Forschung und Politikberatung zur demokratischen Konsolidierung und EU-Erweiterung am Westbalkan.

Die Veranstaltung von Tagungen und Workshops gehört ebenfalls zur regulären Tätigkeit des Zentrums für Südosteuropastudien. So finden in Graz jährlich und mit wechselnden Schwerpunkten die internationalen „*Southeast European Dialogues* (SEED)“-Konferenzen statt. Die SEED-Tagungen behandelten dabei bislang aktuelle Forschung zum Ende Jugoslawiens, zum Ersten Weltkrieg aus der Perspektive Südosteuropas im Gedenkjahr 2014, sowie zur Flüchtlingskrise und deren politische Auswirkungen auf die Balkanstaaten 2017. Aktuelle Forschung des Zentrums widmet sich dem demokratischen Rückschritt und zunehmenden Autoritarismus, Populismus und Nationalismus, wie auch der Frage der Minderheitenrechte und Herausforderungen sozio-ökonomischer Transformation in der Region. Regelmäßige Vortragsreihen und Brownbag-Seminare (in Kooperation mit der Südosteuropäischen Geschichte und Anthropologie / SOEGA), Universität Graz), welche auch dem wissenschaftlichen Nachwuchs die Chance geben, seine Forschungen einem breiten Publikum zugänglich zu machen, greifen diese und andere Themen multidisziplinär auf. Die Lehraktivitäten des Zentrums für Südosteuropastudien umfassen neben Lehrveranstaltungen im Regelstudium auch Koordinierung und Lehre im postgradualen Bereich – vom Joint Master in Southeast European Studies (gemeinsam mit der Universität Belgrad sowie Mobilitätspartnern in ganz Europa) bis zum PhD Law and Politics an der Universität Graz.

---